

Resolution

- Die Delegierten des 33. Österreichischen Gemeindefestages haben in einer Faktatagung und auf dem gesamtösterreichischen Gemeindefest das Thema „Umfassung der Umweltschutz — eine Herausforderung für die Gemeinden“ eingehend behandelt.
- Die Herausforderung des umfassenden Umweltschutzes kann von den Gemeinden nur dann bewältigt werden, wenn der Bund und die Länder sowohl die rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen als auch die entsprechenden finanziellen Mittel bereitstellen, die die Gemeinden vermehrt um die für den eigenen Wirkungsbereich aufzubringenden Eigenmittel investieren müssen.
- Aus ihrer kommunalpolitischen Verantwortung fordern daher die Gemeinden
- unter dem Eindruck der Atomkatastrophe von Tschernobyl eine Kompetenzmaßig klar umrissene Vorsorge für die österreichische Bevölkerung, somit einen umfassenden und dem letzten Stand der Sicherheitsmaßnahmen entsprechenden Zivilschutz, insbesondere ein wirkungsvolles Informations- und Schutzsystem;
 - eine Verbesserung der Förderungen für Umweltschutzmaßnahmen der Gemeinden, insbesondere eine entsprechende Förderung aus dem Umweltschutzfonds sowie eine Vertretung der Gemeinden in den Gremien des Wasserwirtschaftsstands und des Umweltschutzfonds;
 - die Einbindung der Gemeinden bei der Sonderabfallbeseitigung durch die Gewährung einer Parteilstellung in den einschlägigen Verfahren;
 - die Fortsetzung der Föderalismusdiskussion im Sinne des überreichten Forderungskataloges der Gemeinden; Aufnahme von Verhandlungen, insbesondere hinsichtlich der Verankerung des Österreichischen Gemeindefestages und des Österreichischen Städtebundes sowohl im Bundes-Verfassungs- als auch im Finanz-Verfassungsgesetz;
 - die Fortsetzung der Verhandlungen über die noch offenen Fragen aus dem Paktum des Finanzausgleiches und gleichzeitig die Ausweitung dieser Verhandlungen für die Finanzierung des Umweltschutzes im nächsten Finanzausgleich.